

Finanzierung des Wissenschaftssystems / Digitalisierung

Wie sichern Sie eine stabile Finanzierung der Hochschulen vor dem Hintergrund der Folgen der Covid-19-Pandemie auf die öffentlichen Haushalte?

Zur Bewältigung der Corona - Pandemie fordert DIE LINKE die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die dem Landeshaushalt laut aktueller Prognose in Brandenburg rund 160 Mio.€ pro Jahr an Mehreinnahmen beschere würde. Diese soll für Nettovermögen (Schulden verrechnet) pro Person ab von 1 Mio. € (für Unternehmen+ betriebswirtschaftliches Vermögen gelten Freibeträge von 5 Mio.€) erhoben werden. Prinzipiell sind wir der Auffassung, dass gerade in Krisen weder in sozialen Bereichen und/oder sog. freiwilligen Aufgaben wie Kultur und Jugend, noch in der Bildungs- und Wissenschaftslandschaft gekürzt werden darf. Im Gegenteil: Wir brauchen die Mehrausgaben, um möglichst vielen Menschen eine Perspektive aus der Krise zu geben. Nur durch eine grundlegend andere Steuerpolitik schaffen wir es, die Schere zwischen Arm und Reich in diesem Land wieder zu verringern. Wir fordern, dass der Bund dauerhaft in die Grundfinanzierung der Hochschulen einsteigt und Wissenschaft und Forschung flächen- und fächerdeckend ausfinanziert werden.

Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei die Funktionsfähigkeit der technischen und digitalen Infrastruktur an den Hochschulen und damit auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig sicherstellen?

Für einen schnelleren Aus- und Aufbau digitaler Infrastrukturen an den Hochschulen sollen von Bund und Ländern zusätzliche finanzielle Mittel durch einen Hochschuldigitalpakt zur Verfügung gestellt werden. Die technische und digitale Infrastruktur an den Hochschulen ist kein kurzfristiges Projekt, das mit einmaligen Programmmitteln abzusichern ist. Vielmehr ist es eine dauerhafte Aufgabe, die durch die Grundfinanzierung der Hochschulen bundesweit abgedeckt werden muss. Doch Technik allein macht noch keine gute Onlinelehre. Lehrenden muss der Zugang zu Fort- und Weiterbildung für digitale Lehr- und Lernangebote erleichtert werden. Digitale Medien dürfen zudem nicht zum Einfallstor für Privatisierung der Bildung durch private kommerzielle Anbieter, Unternehmen oder Verlage werden. In Bildungseinrichtungen eingesetzte Software sollte freie Software sein.

Demografische Entwicklung

Wie wollen Sie die Attraktivität der Hochschulen in Brandenburg erhöhen?

Der Schlüssel zur Attraktivität von Hochschulen sind gute Lern- und Lehrbedingungen, die sich gegenseitig bedingen. Dazu zählt für uns, dass befristeten und prekären Beschäftigungsverhältnissen endlich wirksam begegnet werden muss. Denn nur Lehrende, die planbare und sichere Perspektiven haben und zudem Lehre, Forschung, eigene Qualifikation und Privatleben miteinander vereinen können, haben die Kapazitäten um gute Lehrveranstaltungen anzubieten und Studierende zu betreuen. Für die Studierenden muss zudem das soziale Umfeld stimmen. D.h. sie brauchen eine gute finanzielle Absicherung (BaFöG), die zum Leben reicht, günstigen Wohnraum, gute Arbeitsplätze, Betreuungs- und Beratungsangebote, sowie Freiräume, um sich organisieren, diskutieren und Kultur erleben zu können.

Daneben zählt für uns auch die Demokratisierung der Hochschulen zu den Maßnahmen, mit denen wir ihre Attraktivität erhöhen wollen. Wir streiten bundesweit für verfasste Studierendenschaften mit allgemeinpolemischem Mandat. Hochschulgremien sollten, wo es möglich ist, öffentlich tagen. Sie müssen paritätisch besetzt werden, sodass alle Statusgruppen, auch die Studierenden, mit gleichem Stimmgewicht vertreten sind. Statt einseitiger Stärkung der Hochschulleitungen brauchen wir eine Stärkung der demokratisch durch alle Hochschulangehörigen gewählten Hochschulgremien. Gremien, die sich an Aufsichtsräte anlehnen – wie Hochschulräte – lehnen wir ab. Den demokratischen Austausch der Hochschule mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Sozialverbänden wollen wir stärken. Hochschulen sollen offene Orte der gesellschaftlichen Debatte sein. Das muss Vorrang vor kommerzieller Nutzung der Hochschulräume haben.

Mit welchen Maßnahmen werden Sie die Hochschulen im Land dabei unterstützen, ihre Auslastung angesichts der (rückläufigen) demografischen Entwicklung sicherzustellen?

Neben der Realisierung guter Lern- und Lehrbedingungen, sowie der Demokratisierung der Hochschulen trägt auch ihre inhaltliche Ausrichtung zur Nachfrage der Hochschulen bei. Wissenschaft hat die Möglichkeit, aber auch die Verantwortung, gesellschaftliche Transformationsprozesse zu begleiten, Fragen aufzuwerfen, zu verhandeln und zu beantworten. Wir wollen die Hochschulen darin unterstützen, diese gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen. Wir setzen uns daher für kritische Wissenschaft und Lehre ein, die im Sinne einer sozial gerechten, ökologisch nachhaltigen und friedlichen Welt eingreift.

Flexibilisierung des Kapazitätsrechts

Welche Anstrengungen werden Sie unternehmen, um das Kapazitätsrecht aus den 70er Jahren zu flexibilisieren?

DIE LINKE sieht eine Flexibilisierung des Kapazitätsrechts, wie sie wiederholt durch die HRK vorgeschlagen wurde, äußerst kritisch. Für uns ist es keine Option, dem Mangel an Lehrpersonal oder ausfinanzierten Studienplätzen durch eine Einschränkung des Hochschulzugangs zu begegnen. Wir lehnen Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen wie Numerus clausus, Auswahlgespräche, IQ-Tests oder Bewerbungsgespräche ab und fordern stattdessen Hochschulzulassungsgesetze, die dem Grundrechtsstatus des Hochschulzugangs Rechnung tragen.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass der Betreuungsaufwand in den gestuften Studiengängen mit ihren neuen Lehrformaten, insbesondere auch in der digitalen Lehre, sowie die zunehmende Heterogenität der Studierendenschaft angemessen berücksichtigt wird?

Grundproblem der Hochschulen ist aus unserer Sicht die chronische Unterfinanzierung, sowie die zunehmende Abhängigkeit von Drittmitteln. Gute, ausfinanzierte Betreuungsangebote, die an den Bedarfen der Studierenden anknüpfen, aber auch unabhängige, gesellschaftskritische Forschung und Lehre, die eine wesentliche Funktion der Wissenschaft darstellt, bleiben damit auf der Strecke. Dem können wir nur mit einer Kehrtwende in der Wissenschaftspolitik begegnen. Ziel muss es aus

unserer Sicht sein, mit Hilfe des Bundes alle Hochschulen bedarfsgerecht zu finanzieren. Dazu zählt auch, dass den gestiegenen Aufgaben an den Hochschulen Rechnung getragen wird und sie finanziert werden.

Flexibilisierung der W-Besoldung

Welche konkreten Vorstellungen zur Flexibilisierung der W-Besoldung haben Sie, um die Attraktivität des Wissenschafts- und Forschungsstandorts Brandenburg zu erhöhen?

DIE LINKE schließt sich den Forderungen der GEW zur Professor:innenbesoldung an. Diese sollte unserer Auffassung nach in folgender Weise ausgestaltet werden:

- einheitliches Professorenamt mit Besoldungsgruppe W3 für alle Professorinnen und Professoren,
- Zuordnung von Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren zur Besoldungsgruppe W2,
- Einführung von bis zu 6 Erfahrungsstufen in der Besoldungsgruppe W3,
- Wahrung der Grundgehaltssätze auf einer amtsangemessenen Höhe,
- Beschränkung variabler Leistungsbezüge auf Funktions- und Zielzulagen sowie besondere Leistungsbezüge aus Anlass von Berufungs- und Bleibeverhandlungen.

Wie stehen Sie zu ergebnisoffenen Ausschreibungen (Open Range bzw. W2 oder W3) und zu individuellen Tenure-Track-Verfahren die eine Karriereentwicklung von einer W1- über eine W2- bis zur W3-Professur ermöglichen?

DIE LINKE streitet für unbefristete, planbare und familienfreundliche Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft. Tenure - Track - Verfahren können jungen Wissenschaftler:innen verlässlichere Karrierewege eröffnen. Wichtig ist aus unserer Sicht jedoch, dass die Stellen nach Durchlaufen des Verfahrens auch tatsächlich entfristet und die Kriterien zur Erreichung der Ziele mit den Wissenschaftler:innen ausgehandelt werden sowie transparent und erreichbar sind. Der Weg in ein Tenure - Track - Verfahren sollte den jungen Wissenschaftler:innen nach der Promotion offen stehen. Tenure - Track - Modelle sollten zudem über das durch den Bund geförderte Programm hinaus in den Personalentwicklungskonzepten der Hochschulen etabliert werden.

Wie stellen Sie sich eine bedarfsgerechte Besoldung der Hochschulkanzlerinnen und Hochschulkanzler vor?

Als Leiter:innen der Verwaltung haben die Kanzler:innen an den Hochschulen eine elementare Rolle, die sich natürlich auch in einer guten Bezahlung widerspiegeln muss. Auch wenn die Brandenburgischen Hochschulen unterschiedlich groß und die Kanzler:innen damit für eine unterschiedliche Anzahl an Mitarbeiter:innen zuständig sind, erschließen sich uns die Eingruppierungsunterschiede nicht (A15, B2 und B3). Auch die kleineren Hochschulen haben die gleichen Verwaltungsabläufe abzudecken wie die großen Universitäten. Deshalb befürworten wir eine Angleichung der Besoldungsstufen.

Exzellenzinitiative

Wie kann / wird Ihre Partei die Förderchancen für Brandenburger Universitäten in der Exzellenzinitiative unterstützen?

Als LINKE haben wir die Exzellenzinitiative von Anfang an kritisiert. Ursprünglich intendiert als Strategie zur Steigerung der Qualität und Leistungsfähigkeit der gesamten Wissenschaftslandschaft, hat sie den gewünschten Fahrstuhleffekt nicht befördert. Während die großen, bereits mit vielen Drittmitteln unterstützten Universitäten durch die Exzellenzinitiative zusätzliche Mittel generieren konnten, gingen die kleineren und insbesondere die ostdeutschen Universitäten in der Vergangenheit leer aus. Hinzu kam Kritik an der mangelnden Unterstützung der Lehre, die fehlende Einbindung der Fachhochschulen, sowie die tausenden befristeten Stellen ohne Perspektive. Angesichts absehbarer Verteilungskämpfe um knapper werdende Mittel plädieren wir dafür, diese Bundesmittel auf die drängenden Mängel des Hochschulsystems zu konzentrieren, um Qualität zu sichern und zu entwickeln. Der Paradigmenwechsel muss aus unserer Sicht darin bestehen, den Bund dauerhaft, strukturell und verlässlich in die Finanzierung des Hochschulsystems einzubinden. Das funktioniert nicht über befristete wettbewerbliche Programme, sondern über gemeinsame Strukturen und Verantwortung.

Wissenschaftlicher und künstlerischer Nachwuchs / Dauerstellen

Welche über das Tenure-Track-Programm des Bundes für die Universitäten und das Bund-Länder-Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an Fachhochschulen hinausgehenden Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen / künstlerischen Nachwuchs (alternative Karrierewege, FH-Professur) planen Sie?

DIE LINKE kritisiert beide Programme als unzureichend. Weder die 1.000 Tenure – Track Stellen, noch das Bund-Länder-Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Fachhochschulen werden den realen Bedarfen an den Hochschulen gerecht. Wir brauchen mehr unbefristete Stellen, die durch eine bessere Grundfinanzierung der Hochschulen erzielt werden müssen. Zudem wollen wir schnellstmöglich das Wissenschaftszeitvertragsgesetz überarbeiten. Das Ziel der Hochschulen muss es in allen Bereichen sein, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zur Regel zu machen. Statt von einzelnen Professoren:innen abhängig zu sein, soll der wissenschaftliche Nachwuchs Abteilungen (Departments) angehören. Wir wollen mehr feste Stellen neben der Professur schaffen. Qualifikationsstellen von Doktorand*innen müssen mit 100 Prozent vergütet werden.

Welche Überlegungen gibt es in Ihrer Partei zum Umgang mit befristeten Beschäftigungsverhältnissen im wissenschaftlichen Mittelbau der Hochschulen, aber auch für Befristungen infolge temporärer Mittelbewilligungen/-zuweisungen und der Einführung einer Quotierung für Dauerstellen?

Rund 90 Prozent der Beschäftigten im wissenschaftlichen Mittelbau sind befristet beschäftigt. Das Sonderbefristungsrecht für wissenschaftliches Personal wollen wir abschaffen: unbefristete Arbeitsverhältnisse müssen die Norm werden.

Auch die prekären Arbeitsverhältnisse von Lehrbeauftragten und nichtwissenschaftlichen Beschäftigten lehnen wir ab. Für uns ist klar: Daueraufgaben müssen auf Dauerstellen bearbeitet werden. Die Honorare für Lehraufträge wollen wir erhöhen, sie müssen auch die Vor- und Nachbereitung abdecken. Zentrale Lehraufgaben müssen auf festen, unbefristeten Stellen geleistet werden.

Darüber hinaus brauchen wir einen flächendeckenden Tarifvertrag für studentische Beschäftigte sowie deren Vertretung im Personalrat. Mittelfristig müssen sie in den TV-L eingegliedert werden. Wir unterstützen die TVStud-Initiativen in ihrem Anliegen nach eigenen Tarifverträgen.

Mit welchen personalpolitischen Instrumenten wollen Sie die Innovationsfähigkeit der Hochschulen sichern?

Insbesondere junge Nachwuchswissenschaftler:innen teilen die Erfahrung, dass die aktuelle Befristungspraxis und die damit einhergehende Unsicherheit nicht dazu beiträgt, Kapazitäten für innovative Forschungs- und Lehransätze zu entwickeln. Innovationsfähigkeit, wissenschaftliche Forschung und gesellschaftskritische Diskurse brauchen aber Freiraum, um sich entfalten zu können. Sichere und gute Beschäftigungsverhältnisse sind daher nicht nur im Interesse der Mitarbeiter:innen, sondern auch der Hochschulen. Um dies zu begleiten, transparent und verlässlich zu gestalten, brauchen die Hochschulen gute Personalentwicklungskonzepte, die unter Einbeziehung aller Hochschulgruppen entwickelt werden.

Third Mission / Transfer- und Weiterbildungsthematik

Auf welchem Weg werden Sie Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, aber auch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft vorantreiben? Mit welchen Maßnahmen sollen die Transferaktivitäten an Hochschulen von Seiten des Bundes unterstützt werden?

Wissenschaft und Forschung waren schon immer Räume der Innovation und der Entwicklung von Lösungen aktueller gesellschaftlicher Probleme. Wir sind der Überzeugung, dass Studierende und Wissenschaftler:innen die Unabhängigkeit von wirtschaftlichen Interessen und den Raum für gesellschaftskritische Ansätze brauchen, um Transformationsprozesse zu begleiten und Innovation zu schaffen. Deshalb ist uns die Kooperation zwischen Gesellschaft und Wissenschaft in der Trias des Transfers (Gesellschaft – Wissenschaft – Wirtschaft) besonders wichtig. Wir wollen die 2017 durch die Landesregierung verabschiedete Transferstrategie des Landes Brandenburg zeitnah evaluieren, weiterentwickeln und eine Beteiligung des Bundes diskutieren – auch vor dem Hintergrund des Strukturumbruches in der Lausitz.

Welche Vorstellungen haben Sie zur Stärkung der Weiterbildung an staatlichen Hochschulen?

Wir fordern ein Weiterbildungsprogramm für den sozialökologischen Umbau, das durch den Bund und durch eine Unternehmensumlage mitfinanziert wird: Wer sich beruflich umorientieren möchte, soll die Möglichkeit erhalten, an einer Hochschule ein Studium oder eine Zusatzqualifizierung in einem sozialen oder ökologischen Bereich zu absolvieren, in dem zukünftig mehr Beschäftigte benötigt werden.

Welche Konzepte haben Sie um lebenslanges Lernen im Rahmen des Kapazitätsrechts zu ermöglichen?

Durch mehr unbefristete und gute Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen wollen wir die Kapazität für Projekte des lebenslangen Lernens, Weiterbildungsprogramme und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft schaffen.

Internationalisierung

Mit welchen Mitteln fördern Sie die Hochschulen auf ihrem Weg zur Internationalisierung?

Internationalisierung ist kein durch die Hochschulen zu realisierendes Projekt, sondern Teil des alltäglichen Wissenschaftsdiskurses und muss als solches in der Grundfinanzierung der Hochschulen Berücksichtigung finden.

Welche Vorstellungen hat Ihre Partei zur Stärkung der Willkommenskultur?

DIE LINKE ist Teil einer starken Zivilgesellschaft, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und andere menschenverachtende Diskriminierungen engagiert. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der niemand aufgrund der Herkunft, Religion, der Sexualität, des Geschlechts oder des Aussehens Angst vor Anfeindungen und Übergriffen haben muss. Auch hier sehen wir die Hochschulen in der Verantwortung, gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren für ein weltoffenes Klima in den Städten zu sorgen. Das bedeutet auch, in den Hochschulen klar Stellung zu beziehen und Rechtspopulist:innen kein Podium zu bieten.

Wie wollen Sie die Attraktivität der Hochschulen in Brandenburg für internationale Wissenschaftler*innen und Studierende erhöhen?

Für Geflüchtete soll die Aufnahme des Studiums einfacher werden. Dafür müssen zusätzliche Studienplätze geschaffen und im Ausland erworbene Bildungsabschlüsse schnell und unbürokratisch anerkannt werden. Die Aufnahme eines Studiums muss ein Bleiberecht sicherstellen und vor Abschiebung schützen. Den Zugang für ausländische Studierende wollen wir vereinfachen. Den Verein uni-assist e.V. wollen wir in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführen, die der Bund finanziert. Auch Wissenschaftlern:innen, die politisch verfolgt sind, wollen wir die Fortführung ihrer wissenschaftlichen Arbeit an Hochschulen in Deutschland ermöglichen.

Soziale Situation der Studierenden

Welche Konzepte haben Sie, um die soziale Situation der Studierenden (sinkender Anteil der BAföG-Förderquote, Wohnungsmangel, zu wenige Mensaplätze etc.) zu verbessern und so auch Studierenden aus Nicht-Akademikerhaushalten ein erfolgreiches Studium zu ermöglichen?

DIE LINKE streitet für eine unverzügliche, grundlegende Reform des BAföG. Das BAföG muss an die Lebenswirklichkeit angepasst werden und die Ausbildung umfassend finanzieren. Nur noch 11 Prozent der Studierenden erhalten überhaupt BAföG, nur 8 Prozent den Höchstsatz. Wir setzen uns für ein rückzahlungsfreies, elternunabhängiges und bedarfsgerechtes BAföG ein, das alle erreicht, die es brauchen. Bildungsentscheidungen sollen frei von Finanzsorgen oder Vorlieben der Eltern getroffen werden können. Der BAföG-Fördersatz muss regelmäßig und automatisch an die tatsächlichen und steigenden Lebenshaltungs- und Wohnkosten angepasst werden. Wir wollen die Altersgrenzen beim BAföG abschaffen und die Bezugsdauer an die reale durchschnittliche Studiendauer anpassen. Ebenso muss die Kopplung des BAföG an Leistungsüberprüfungen abgeschafft werden. Förderlücken müssen geschlossen werden. Menschen mit Duldung, Aufenthaltsgestattung und mit humanitären Aufenthaltstiteln müssen mit Aufnahme des Studiums oder der Ausbildung Zugang zur Ausbildungsförderung haben.

Für uns als LINKE sind die Studierendenwerke wichtige Partner, um die soziale Situation der Studierenden bestmöglich zu gestalten. Wir fordern die Schaffung neuer Studierendenwohnheimplätze, um eine Versorgungsquote von mindestens 20% in den Hochschulstädten gewährleisten zu können. Die Mensaplätze müssen in vielen Standorten ebenfalls ausgebaut sowie dem gestiegenen Bedarf an Beratungsangeboten Rechnung getragen werden.

Ebenfalls von Relevanz für die soziale Situation der Studierenden ist der Zugang zu kulturellen Angeboten und die Möglichkeit, sich selbst zu organisieren. Hochschulen brauchen daher studentische Freiräume und müssen diese zur Verfügung stellen.

Soll der erste berufsqualifizierende Hochschulabschluss gebührenfrei bleiben?

Ja, DIE LINKE lehnt weiterhin jede Form von Studiengebühren ab. Für Brandenburg bedeutet dies auch, dass wir für die Abschaffung der Immatrikulations- und Rückmeldegebühr in der Höhe von 51€ streiten.